

Standardrente

1.350€ (brutto) nach 45 Beitragsjahre mit
mtl. 3.000€ brutto

(vgl. DRV, Rentenversicherung

in Zahlen 2017)

Entwicklung

Standard-Rentenniveau

1977 = 60%

2017 = 48%

2030 = ?

(vgl. bpb, Entwicklung des Standardrentenniveaus 2014)

Armutsgefährdung

18,4 % ab 65 Jahren (Landesmedian)

(vgl. Amtliche-Sozialberichterstattung.de 2016)

Atypische Beschäftigungsverhältnisse

39,6 % an allen Beschäftigten

(vgl. <https://www.boeckler.de/>)

V.i.S.d.P. Geschäftsführung des Bündnisses
Soziale Gerechtigkeit in Hessen
Alexandre da Silva, DGB Bezirk Hessen-Thüringen
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main
Alexandre.daSilva@dgb.de

Wir, Sozialverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen in Hessen, haben uns zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Gemeinsam mit örtlichen Aktionsgemeinschaften und Bündnissen in anderen Bundesländern setzen wir uns ein für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, für Teilhabe und für eine Altersversorgung, die zu einem Leben in Würde reicht.

Wir machen uns dafür stark, Armut im Alter im wohlhabenden Hessen zu verhindern.

Weitere Infos unter:

www.soziale-gerechtigkeit-hessen.de



Arbeitsloseninitiative Gießen
AWO Hessen-Süd
Bonifatiushaus, Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda
Caritasverband für die Diözese Limburg
Caritasverband für die Diözese Mainz
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen
Deutscher Mieterbund Landesverband Hessen
Diakonische Gemeinschaft Hephata
Diakonie Hessen: Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck
Katholische Arbeitnehmer Bewegung, Diözesanverband Fulda
Katholische Arbeitnehmerbewegung im Bistum Limburg
Katholische Akademie Rabanus Maurus im Bistum Limburg
Kolpingwerk Diözesanverband Mainz
Netzwerk Leben im Alter in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik Hochschule Sankt Georgen
Referat Berufs- und Arbeitswelt / Betriebsseelsorge im Bistum Mainz
Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Hessen
Wiesbaden Sozial wisozial2030
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Bildquelle: Titel: ©Rainer Fuhrmann, Fotolia

AUFRUF

Altersarmut verhindern!

HEUTE DIE
ARMUT VON
MORGEN BEKÄMPFEN



Obwohl es der Mehrheit der jetzigen Rentner*innen materiell noch relativ gut geht, ist in Hessen laut amtlicher Statistik schon heute jede sechste Rentnerin von Armut bedroht. In Hessen bezogen Rentnerinnen 2016 im Durchschnitt nur noch 847 Euro Rente.

Wenn jetzt die Weichen nicht neu gestellt werden, wird sich die Altersversorgung der Menschen zukünftig dramatisch verschlechtern. Und das bedeutet, Alters- und Seniorenpolitik beschränkt sich mitnichten nur auf das Thema Renten, sondern betrifft die heutige Erwerbsarbeit genauso wie auch das Thema Wohnen und Infrastruktur.

1. Rente

Angesichts unregelmäßiger Erwerbsverläufe ist es auch für die jüngere Generation umso wichtiger, dass sich Menschen auf eine Existenzsicherung im Alter verlassen können. Eine gesetzliche Rente muss wieder den Lebensstandard sichern. Nur so kann sie auch langfristig gesellschaftlich akzeptiert werden.

Deshalb fordern wir:

Die gesetzliche Rente muss bedingungslos für alle das Existenzminimum übersteigen, unabhängig vom Erwerbsverlauf.

Das heißt:

- Anhebung des (Standard-) Rentenniveaus auf mindestens 50% und stetige Anpassung in Anlehnung an die Lebenshaltungskosten.
- Entrichtung von Rentenbeiträgen während des Bezugs von Arbeitslosengeld II.
- Keine Anhebung des Renteneintrittsalters.
- Eine bessere Bewertung niedriger Einkommen.

2. Erwerbsarbeit

Die gesetzliche Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens, weil die Einkommen aus Erwerbsarbeit die Rentenhöhe bestimmen. So führen Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegearbeitszeiten, niedriger Arbeitslohn, (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und Minijobs zu geringeren oder gar keinen Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Gefahr von Altersarmut steigt. Insbesondere Frauen sind davon betroffen.

Deshalb fordern wir:

- Eindämmung des Niedriglohnssektors.
- Abschaffung von Minijobs und steuerlichen Fehlanreizen.
- Gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit von Frauen und Männern.
- Aufwertung und bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege, die überwiegend von Frauen geleistet werden.
- Anreize zu mehr geschlechtergerechter Verteilung von familiärer Sorgearbeit.

3. Wohnen und Infrastruktur

Hohe und ständig steigende Mieten fördern zusätzlich Altersarmut, da die Rentenerhöhungen längst nicht in dem Maße steigen wie die Mieten. Besonders problematisch entwickelt sich das Mietpreisniveau in Hessens Städten und Ballungsräumen. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt macht es Rentner*innen nahezu unmöglich, adäquaten, der Lebenssituation angemessenen Wohnraum zu finden.

Deshalb fordern wir:

- Deutliche und dauerhafte Förderungen im sozialen Wohnungsbau.
- Eine vorrangige Schaffung von bezahlbaren Wohnungen, die ein selbständiges Wohnen im Alter ermöglichen.
- Infrastruktur und Nahversorgung im Wohnumfeld aufrecht erhalten.
- Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen.
- Versorgungs- und Unterstützungsoptionen für Lebenslagen alleinlebender alter Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf verbessern